

# Wahlprüfstein KOK e.V. - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel

## Thema 1: Zivilgesellschaft

**Mit welchen politischen Maßnahmen wird sich Ihre Partei für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen in Europa und gegen die in vielen Ländern zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume einsetzen?**

Eine aktive Zivilgesellschaft hat einen wesentlichen Anteil am Erfolg unseres demokratischen rechtsstaatlichen Systems – auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Als SPD setzen wir uns deshalb für eine Stärkung und den Schutz der Zivilgesellschaft ein. Dafür entwickeln wir gemeinschaftliche Instrumente zum Schutz der Unabhängigkeit der Medien weiter und stellen sicher, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an.

## Thema 2: Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU

**Mit welchen Maßnahmen wollen sie die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen in der EU verbessern und in Richtung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterentwickeln?**

Wir setzen uns für ein soziales Europa ein, mit guten Jobs, guten Löhnen und starken Arbeitnehmer\*innenrechten. So können wir die Unterschiede zwischen den Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen den Mitgliedsstaaten auf einem hohen Niveau angleichen. In dieser Legislatur konnten wir mit der Mindestlohnrichtlinie und der Richtlinie zur Lohntransparenz bereits wichtige Meilensteine auf dem Weg zu guten Löhnen für alle setzen. Wir kämpfen in der nächsten Legislatur unter anderem für die Reform des Vergaberechts, damit öffentliche Gelder nur noch für

gute Arbeit gezahlt werden, die Beschränkung von ausbeuterischen Subunternehmerstrukturen, die Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde sowie die Einführung einer Richtlinie zur Unternehmensmitbestimmung zur Stärkung der Demokratie am Arbeitsplatz. In allen Mitgliedsstaaten sollen solide Netze sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Grundsicherungssysteme ein.

### **Thema 3: Migrations- und Asylpolitik**

**Welche Prioritäten setzt Ihre Partei in der europäischen Migrations- und Asylpolitik? Welche Pläne haben Sie, den Rückbau des individuellen Rechts auf Asyl aufzuhalten, Menschenrechte auch für Migrant\*innen und Geflüchtete zu gewährleisten und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu**

Es war wichtig, Lösungen für Migration und Flucht, klare Regeln für Kontrolle und Solidarität, basierend auf unseren Werten einschließlich des Rechts auf Asyl in Europa, zu vereinbaren. Nach Jahren des Stillstands ist uns daher endlich eine Einigung der EU-Asylreform gelungen, mit der wir erreichen können, dass europäisches Recht gewahrt wird und mit der die Mitgliedstaaten wieder in die Pflicht genommen werden, dieses vollumfänglich umsetzen. Diese Umsetzung werden wir genau verfolgen, gerade bei Solidarität, Aufnahmebedingungen und dem effektiven Zugang zu Asylverfahren. Unser Einsatz für eine solidarische Migrationspolitik endet aber nicht hier, denn diese Reform ist nur ein Teil einer umfassenden Migrationspolitik, die u. a. durch eine stärkere kommunale Rolle, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Herkunftsländern und, gerade mit Blick auf den steigenden Bedarf nach Arbeitskräften, einfachere Möglichkeiten für die legale Einreise in die EU vervollständigt werden muss.

### **Thema 4: Menschenhandel**

**Werden Sie den Schutz der Betroffenen von Menschenhandel und den Zugang zu Unterstützung zur Priorität machen? Durch welche Maßnahmen auf europäischer Ebene kann dies aus Ihrer Sicht gelingen? Werden die geplanten Maßnahmen für alle Betroffenen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, umgesetzt?**

Wir haben seit Jahren die Überarbeitung der Menschenhandel-Richtlinie von 2011 gefordert, die wir im April endlich verabschieden konnten. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel beim Opferschutz, beim Zugang zur Justiz und der Ausbildung von Rechtsbeamten und Präventivmaßnahmen intensivieren. Auch müssen weitere Formen von Ausbeutung im Rahmen von Menschenhandel, z.B. Zwangsehen, jetzt in den Mitgliedstaaten unter

Strafe gestellt werden. Zudem werden Dienstleistungen kriminalisiert, die durch Opfer von Menschenhandel erbracht werden müssen, sofern man sich darüber im Klaren war, dass diese von einem Opfer von Menschenhandel erbracht wurde und man somit vorsätzlich gehandelt hat. Schließlich konnte unsere Fraktion einen Artikel über internationalen Schutz einführen, damit die Anti-Menschenhandels- und Asylbehörden ihre Aktivitäten so koordinieren, dass Opfer von Menschenhandel angemessene Unterstützung und Schutz erhalten, und dass ihr Asylrecht geachtet wird.

### **Thema 5: Arbeitsausbeutung**

#### **Wie wollen Sie der Ausbeutung von Arbeitskräften (auch grenzüberschreitend) entgegenwirken? Welche Rolle spielen für Sie dabei der Schutz und die Rechte von Wanderarbeitnehmer\*innen?**

Wir setzen uns für eine einheitliche europ. Sozialversicherungsnummer und den digitalen Sozialversicherungspass ein. Die Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme muss den Sozialschutz mobiler Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam bekämpfen. Zudem wollen wir erreichen, dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozialversicherungsbetrug entschiedener vorgegangen und durch Mindeststandards für Unterkünfte die unwürdige Unterbringung von Beschäftigten beendet wird. Wir wollen mehr nationale wie europäische Kontrollen, eine stärkere Koordinierung sowie die Ausweitung von Beratungsstellen zur Fairen Mobilität erreichen. Dazu gehören auch eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde. Besondere Berücksichtigung müssen auch Saisonarbeiter\*innen finden, da sie oft besonders vul nerabel sind. Auch die sozialen Standards in der gemeinsamen Agrarpolitik müssen genutzt und kontrolliert werden, um Ausbeutung von Saisonbeschäftigten in der Landwirtschaft zu stoppen.

### **Thema 6: Menschenhandel**

#### **Wie wollen Sie die Kooperation bei der Ermittlung und Strafverfolgung in grenzüberschreitenden Fällen von Menschenhandel verbessern?**

Im November 2023 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Stärkung der Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel vor. Der Vorschlag sieht die Einrichtung eines Zentrums zur Bekämpfung dessen vor, welches u.a. Jahresberichte und strategische Analysen erstellen, aber auch Unterstützung bei Ermittlungen und operative Maßnahmen leisten soll. Zudem soll der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten mit Europol verbessert werden, die Mitgliedstaaten sollen ihre Ressourcen zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel stärken und Europol soll die Mitgliedstaaten personell

und operativ stärker unterstützen. Im Europäischen Parlament wird unsere Fraktion daran arbeiten, den Vorschlag so zu stärken, dass Europol auf der richtigen Rechtsgrundlage handelt und verhältnismäßige und gezielte Maßnahmen im Einklang mit den Grundrechten und Datenschutzgarantien ergreifen kann.

### **Thema 7: Menschenhandel**

**Wie stehen Sie zur Etablierung eines europäischen Verweisungsmechanismus in Fällen von Menschenhandel? Welche Prioritäten sollte dieser haben? Wie werden Sie im Rahmen dessen die Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel länderübergreifend strukturell sicherstellen?**

Die Mitgliedstaaten sind bereits durch die bisher geltende Menschenhandel-Richtlinie von 2011 angehalten, in Zusammenarbeit mit Opferbetreuungsorganisationen geeignete Verfahren für die frühzeitige Erkennung, Unterstützung und Betreuung von Opfern festzulegen. Mit der nun reformierten Richtlinie werden nationale Verweismechanismen und nationale Kontaktstellen in den Mitgliedstaaten sowie eine engere Koordinierung und Korporation zwischen den nationalen Befassungsstellen formell verpflichtend. Ein europäischer Verweismechanismus könnte die Mitgliedstaaten zusätzlich unterstützen und eine bessere Gesamtkoordination ermöglichen, sofern er auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft fußt. So könnte auch die Wahrnehmung von Menschenhandel insgesamt verlagert werden – weg von einer Wahrnehmung als Bedrohung der nationalen Sicherheit hin zu Verständnis von Menschenhandel als einer schweren Straftat mit langfristigen Schäden für die Opfer.

### **Thema 8: Menschenhandel**

**Welche Bedeutung messen Sie der Europäischen Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels bei?**

Im Parlamentsbericht über die Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer, die wir im Februar 2021 angenommen haben, hatten wir die Kommission bereits aufgefordert, unverzüglich eine spezifische Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels zu veröffentlichen. Dabei forderten wir, dass die Strategie den Menschenhandel in der EU endlich prioritär angehen müsse, und zwar in Form eines umfassenden und multidisziplinären, rechtlichen und politischen Rahmens, der geschlechts- und kinderspezifisch ist und die Opfer in den Mittelpunkt stellt. Die dann im April 2021 vorgestellte Strategie haben wir daher als solche begrüßt. Eine Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels kann aufgrund der Tiefe der Problematik und der Schwere der Schäden für die Betroffenen aber immer nur ein Anfang sein, der Anstöße gibt für weitere Schritte, u.a. die von uns geforderte und nun verabschiedete Reform der Richtlinie von 2011.